

## Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 1. Oktober 1986  
am Donnerstag, dem 2. Oktober 1986

### Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD) . . . . .	18, 19	Dr. Klejdzinski (SPD) . . . . .	39
Bachmaier (SPD) . . . . .	16, 17	Kretkowski (SPD) . . . . .	68, 69
Becker (Nienberge) (SPD) . . . . .	38	Dr. Kübler (SPD) . . . . .	24, 25
Bernrath (SPD) . . . . .	64, 65	Dr. Lammert (CDU/CSU) . . . . .	26, 27
Berschkeit (SPD) . . . . .	66, 67	Liedtke (SPD) . . . . .	62, 63
Buckpesch (SPD) . . . . .	46, 47	Frau Matthäus-Maier (SPD) . . . . .	21, 22
Conradi (SPD) . . . . .	12, 20	Müller (Schweinfurt) (SPD) . . . . .	3
Dr. Diederich (Berlin) (SPD) . . . . .	14, 15	Paterna (SPD) . . . . .	60, 61
Eigen (CDU/CSU) . . . . .	29, 30	Peter (Kassel) (SPD) . . . . .	48, 49
Dr. Emmerlich (SPD) . . . . .	1, 2	Reimann (SPD) . . . . .	31, 32
Eylmann (CDU/CSU) . . . . .	54, 55	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN) . . . . .	6
Frau Fuchs (Köln) (SPD) . . . . .	7, 33	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD) . . . . .	28, 53
Gansel (SPD) . . . . .	41, 50	Dr. Schöfberger (SPD) . . . . .	58, 59
Hinsken (CDU/CSU) . . . . .	43	Dr. Spöri (SPD) . . . . .	36, 37
Huonker (SPD) . . . . .	34, 35	Stahl (Kempen) (SPD) . . . . .	8, 9
Dr. Hupka (CDU/CSU) . . . . .	10, 11	Stiegler (SPD) . . . . .	13, 23
Dr. Jens (SPD) . . . . .	40	Toetemeyer (SPD) . . . . .	4, 5
Kißlinger (SPD) . . . . .	56, 57	Frau Traupe (SPD) . . . . .	51, 52
Klein (Dieburg) . . . . .	44, 45	Werner (Ulm) (CDU/CSU) . . . . .	42

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen . . . . .	12

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers  
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter  
**Dr. Emmerlich**  
(SPD) Ist die Bundesregierung direkt oder indirekt (beispielsweise über Abonnements) an der Finanzierung des Dienstes „Medien-Kritik“ des Verlages Medien-Kritik GmbH, Langen (Hessen) beteiligt?
2. Abgeordneter  
**Dr. Emmerlich**  
(SPD) Wenn ja, aus welchen Gründen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung  
und Technologie**

3. Abgeordneter  
**Müller**  
(Schweinfurt)  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren, die langfristig auf die Menschen und die Umwelt durch die bereits erfolgte Schädigung der Ozon-schicht der Erde und die dadurch verstärkte Sonneneinstrahlung zukommen, und ist sie bereit, zur Vermeidung weiterer Schädigung die Verwendung von Treibgas, insbesondere in Spray-dosen, generell zu untersagen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung  
und Wissenschaft**

4. Abgeordneter  
**Toetemeyer**  
(SPD) Warum hat die Bundesregierung im vergange-nen Jahr die Abstimmung über die Vergabe-grundsätze, die im Haushalt 1986 bei Kapi-tel 31 03 Titel 681 04 – Notfonds für ausländische Studenten – als Leertitel mit der Begründung ausgebracht sind, daß die Vergabegrundsätze im einzelnen noch der Abstimmung bedürfen, nicht abschließen können, und warum hat sie diesen Satz im Haushaltsentwurf 1987 nicht mehr mit aufgeführt?
5. Abgeordneter  
**Toetemeyer**  
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es eine Notwendigkeit für die Bereitstellung von Mitteln bei Titel 681 04 im Kapitel 31 03 gibt, und wann wird dieser Titel so ausgestattet, daß in Not geratenen ausländischen Studenten geholfen werden kann?
6. Abgeordneter  
**Dr. Schierholz**  
(DIE GRÜNEN) Wann gedenkt „Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft“ sich auf Briefpapier und in Publikationen in „Die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft“ umzubenennen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

7. Abgeordnete  
**Frau Fuchs (Köln)**  
(SPD)
- Sieht der Bundesminister des Auswärtigen eine Notwendigkeit, die bisherige Praxis der Besetzung von Sozialreferentenstellen an deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland zu ändern?
8. Abgeordneter  
**Stahl (Kempen)**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Praxis der griechischen Zollbehörden bekannt, wonach in Einzelfällen Touristen aus Ländern der EG mit überhöhten Forderungen an der Grenze regelrecht zur Ader gelassen werden (Steuer- und Strafzahlungen), wenn sie – in Unkenntnis von vielerlei griechischen Einfuhrregelungen, wie z. B. Regulatoriv-, Umsatz-, besondere sowie Normal-, Stempelsteuer usw., im Vertrauen auf die praktizierten EG-Einfuhrregelungen der anderen Länder – Waren von geringem Wert nach Griechenland einführen, und wie viele derartige Fälle sind der Bundesregierung bekannt?
9. Abgeordneter  
**Stahl (Kempen)**  
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, damit solche Forderungen unterbleiben oder wenigstens gemildert werden, und ist diese Praxis mit der angestrebten Freizügigkeit des Warenverkehrs zwischen EG-Staaten noch vereinbar?
10. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung wegen des Zwischenfalles unternommen, für den die Tschechoslowakei die Verantwortung trägt und der den Tod eines Bürgers der Bundesrepublik Deutschland zur Folge hatte?
11. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Bericht, der für die zweite Phase der Funkverwaltungskonferenz in Genf über die Störsendungen erstellt ist und in dem vor allem die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei genannt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

12. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung dem von einem CDU-Abgeordneten geäußerten Verdacht, eine „Einflußnahme des Ostblocks“ sei „bei einem einzelnen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion nicht auszuschließen“ (mein Schreiben an das Bundesministerium des Innern vom 19. März 1986) nachgegangen, und wird die Bundesregierung die mir vom Parlamentarischen Staatssekretär Spranger am 2. April 1986 zugesagte „unverzögliche“ Bearbeitung dieser Angelegenheit noch vor dem Ende der Legislaturperiode abschließen?

13. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Autoradiohersteller bzw. Autoradiohändler zu verpflichten, Autoradios mit einer dauerhaften Seriennummer auszustatten, um die Aufklärung der zunehmenden Autoradiodiebstähle zu erleichtern, und zu welchem Ergebnis haben die Gespräche zwischen den beteiligten Wirtschaftskreisen und der Bundesregierung bzw. den Landesregierungen bisher geführt?
14. Abgeordneter  
**Dr. Diederich**  
(Berlin)  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, daß zur künftigen Durchführung an großen internationalen Sportveranstaltungen in Berlin das Olympiastadion mit einer sogenannten „Video-Matrix-Tafel“ ausgestattet wird, und wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen des Berliner Senats und des Landessportbundes Berlin nach einer solchen Einrichtung?
15. Abgeordneter  
**Dr. Diederich**  
(Berlin)  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Kosten für den Einbau einer „Video-Matrix-Tafel“ im Berliner Olympiastadion 12 bis 14 Millionen DM betragen sollen, und trifft es zu, daß einerseits der Bund als Eigentümer des Olympiastadions zur Mitfinanzierung in Höhe von 4 Millionen DM bereit ist, andererseits der Senat von Berlin eine Mitfinanzierung ablehnt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

16. Abgeordneter  
**Bachmaier**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Bewertung der Hausfrauenarbeit durch die höchstrichterliche Rechtsprechung, wie sie sich aus einer äußerst restriktiven Auslegung des § 844 Abs. 2 BGB entwickelt hat, und teilt die Bundesregierung die weit verbreiteten Bedenken, daß diese Bewertung der Hausfrauenarbeit auch unter dem Gesichtspunkt des Artikels 3 Abs. 2 GG in hohem Maße unbefriedigend ist?
17. Abgeordneter  
**Bachmaier**  
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für möglich, durch gesetzgeberische Maßnahmen, etwa Festlegung von Regelpauschalen für typische Fallgruppen, darauf hinzuwirken, daß auch in diesem Bereich die Gleichberechtigung der Frau durchgesetzt wird und daß bei der Bewertung der Dienste der Hausfrau realistische Maßstäbe zugrunde gelegt werden?
18. Abgeordneter  
**Antretter**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der höchstrichterlichen Rechtsprechung bei der Berechnung des Schadensersatzes für den Ausfall einer getöteten Hausfrau im Haushalt nach § 844 Abs. 2 BGB der Unterhaltsausfall (von wenigen Ausnahmen abgesehen) äußerst gering angesetzt wird, wobei als Maßstab für die Bewertung

der Haushaltsarbeit Löhne oder Unterhaltssätze aus den niedrigsten Einkommensbereichen zugrunde gelegt werden, nämlich für den kinderlosen Witwer der Lohn einer Zugehfrau (Raumpflegerin), für das unentgeltlich versorgte Kind das Pflegegeld der Jugendämter, für den Witwer, der mit Hilfe Dritter mit den Kindern den Haushalt führt, durch zahlreiche Abschläge der auf die Hälfte reduzierte Lohn einer Hauspflegerin (sogenannter bereinigter Tariflohn) bzw. die sogenannte angemessene Entschädigung, die nach unten durch den Lohn einer Zugehfrau und das Pflegegeld und nach oben durch den sogenannten bereinigten Tariflohn begrenzt wird, und gedenkt die Bundesregierung daraus gesetzgeberische Folgerungen zu ziehen?

19. Abgeordneter  
**Antretter**  
(SPD)

Ist der Bundesregierung darüber hinaus bekannt, daß die so gefundenen Schadensersatzbeträge durch hohe Abzüge, wie z. B. die ersparten Aufwendungen für die getötete Ehefrau, bei geringem Einkommen des Witwers so gekürzt werden, daß als Schadensersatz letztlich für den kinderlosen Witwer ein Betrag von 200 DM monatlich, für das unentgeltlich versorgte Kind ein Betrag von etwa 560 DM monatlich und 300 DM nach Abzug der Waisenrente, für den Witwer, der mit den Kindern den Haushalt fortführt ein Betrag von ca. 265 DM bzw. von netto je 400 DM und nach Abzug der Waisenrente 150 DM für die Kinder monatlich verbleibt, und gedenkt die Bundesregierung daraus gesetzgeberische Folgerungen zu ziehen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

20. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD)

Trifft es zu, daß das europäische Jugendwerk Mannheim, das im März 1986 in Ludwigsburg ein Forum mit rechtsextremen Referenten veranstaltet hat, als gemeinnützig und als Einrichtung für überparteiliche politische Bildung anerkannt ist?

21. Abgeordnete  
**Frau  
Matthäus-Maier**  
(SPD)

Wie viele verheiratete Arbeitnehmer mit zwei und mehr Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen bis zu 33 600 DM gab es im Jahre 1985, bzw. wie hoch schätzt die Bundesregierung diese Anzahl?

22. Abgeordnete  
**Frau  
Matthäus-Maier**  
(SPD)

Kann die Bundesregierung die Berechnung des Bundes der Steuerzahler widerlegen, wonach die Durchschnittsbelastung je beschäftigten Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen von 29,7 v. H. in 1981 auf 33,0 v. H. in 1985 angestiegen ist und bis 1989 auf 34,1 v. H. ansteigen wird (Stellungnahme des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler Nr. 21 „Auf Sparkurs bleiben“ vom Oktober 1985)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

23. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Gibt es Erhebungen über die durchschnittliche Gewinnsituation (Vor-Steuern) der kleineren und mittleren Unternehmen, des Handels, Gewerbes, Handwerks und der Selbständigen, und welche Ergebnisse hatten diese Erhebungen?
24. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die herausragende Bedeutung der deutschen Wirtschaftsausstellung als wichtigen Faktor für den weiteren Ausbau der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen in Kamerun im November 1986 sich durch den Bundesminister für Wirtschaft vertreten lassen, und falls nicht, sieht sie darin eine erhebliche Belastung des politischen Verhältnisses zu Kamerun auch nach der Absage des geplant gewesenen Besuches des Bundeskanzlers in Kamerun und eine Belastung des weiteren Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen?
25. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Besuch des Staatspräsidenten von Kamerun in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die zukünftigen beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen, und besteht Übereinstimmung in der Frage der Politik gegenüber Südafrika?
26. Abgeordneter  
**Dr. Lammert**  
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung die Absicht der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, den europäischen Stahlmarkt Schritt für Schritt zu liberalisieren und das 1981 eingeführte Quotenregime bis 1988 vollständig aufzugeben?
27. Abgeordneter  
**Dr. Lammert**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit und die Chancen einer Vereinbarung über die Fortsetzung der Übergangsregelung für Stahlquoten auf dem EG-Markt auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Rechtslage, daß andernfalls Ende dieses Jahres die gesamte noch dem Quotensystem unterliegende Palette der Stahlprodukte freigegeben würde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

28. Abgeordnete  
**Frau Schmidt**  
(Nürnberg)  
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Absatzmöglichkeiten von in der Bundesrepublik Deutschland produziertem Hopfen in den USA wiederherzustellen, und aus welchem Grunde wurde sowohl von der biologischen Bundesanstalt als auch dem Bundesgesundheitsamt am 1. März d. J. neben dem generellen Herstellungsverbot für Captanoide nicht auch ein Anwendungsverbot erlassen?

29. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern gediehen, um endlich sicherzustellen, daß die Bezuschussung von Fleischrindern nach den Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft – wie in Frankreich – ausgeschöpft wird?
30. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)
- Was hindert die Bundesregierung, diese Fleischrinderförderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ durchzuführen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

31. Abgeordneter  
**Reimann**  
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß bei der Rentenauszahlung nach dem Bundesversorgungsgesetz, Pfennigbeträge zum Schaden des Rentenempfängers nach unten abgerundet und nicht ausgezahlt werden, so daß beispielsweise bei einer Rente von 161,45 DM 0,45 DM monatlich und damit 5,40 DM jährlich einbehalten werden?
32. Abgeordneter  
**Reimann**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, wenn dies eine gesetzliche Regelung ist, die diese Verfahrensweise den Behörden ermöglicht, und für mich aus der Drucksache 10/5209 (Entwurf des 15. Anpassungsgesetzes – KOV) nicht zu entnehmen ist, dies zu ändern?
33. Abgeordnete  
**Frau Fuchs**  
**(Köln)**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung dem Deutschen Gewerkschaftsbund ein Vorschlagsrecht für die Berufung von Sozialreferenten an deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland nicht mehr einräumen und damit mit einer Tradition brechen will, die von dem früheren Bundeskanzler Adenauer und dem 1. Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Böckler, begründet wurde?
34. Abgeordneter  
**Huonker**  
(SPD)
- In welchem Umfang haben sich die vermögenswirksamen Leistungen im Sinne des Dritten Vermögensbildungsgesetzes bzw. des Vermögensbeteiligungsgesetzes in den Jahren 1980 bis 1986 verändert (aufgeschlüsselt nach Anlageformen unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Anlagen in Produktivvermögen zu den anderen Anlageformen), und von welcher Entwicklung geht die Bundesregierung nach einem etwaigen Inkrafttreten des Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes für die Jahre 1987 bis 1991 aus?



35. Abgeordneter  
**Huonker**  
(SPD)
- Auf welchen Einzelannahmen beruht die Stellungnahme der Bundesregierung zum Bundesratsentwurf eines Gesetzes zur Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen (Drucksache 10/3955) bezüglich der in Ziffer V getroffenen Aussage, die in diesem Entwurf vorgenommenen Regelungen würden „voraussichtlich zusätzliche steuerliche Mindereinnahmen von ca. 300 bis 400 Millionen DM jährlich bewirken“, aufgeschlüsselt nach Anhebung des Freibetrags in § 19 EStG und Veränderungen der Sätze der Arbeitnehmersparzulage bei Ausdehnung der Förderung aller Anlageformen auf 936 DM – aufgegliedert nach den unterschiedlich begünstigten Anlageformen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

36. Abgeordneter  
**Dr. Spöri**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Pläne der US-Streitkräfte bekannt, nach denen in Heilbronn die Wharton-Barracks um 11,6 Hektar am Südrand der Stadt in Richtung Flein und Sontheim-Ost erweitert werden sollen, und liegt in diesem Zusammenhang bereits eine Liegenschaftsanforderung der US-Streitkräfte vor?
37. Abgeordneter  
**Dr. Spöri**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung eine derartige Liegenschaftsanforderung der US-Streitkräfte zur Erweiterung der Wharton-Barracks in Heilbronn entsprechend der Aussage vom Bundesminister der Verteidigung, Dr. Wörner, ablehnen, der am 25. April 1986 in Heilbronn auf einer Informationsveranstaltung für Gemeinderäte und Bürgermeister zugesagt hatte, künftig Heilbronn mit weiteren militärischen Einrichtungen zu verschonen?
38. Abgeordneter  
**Becker**  
(Nienberge)  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß nach dem Ausspruch des Bundeskanzlers „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ die Planung und Bauten weiterer Munitionsdepots fortgesetzt werden sollten, und unter welchen Gesichtspunkten ist der Neubau des Munitionsdepots in Saerbeck noch weiterhin erforderlich?
39. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Bau weiterer Munitionsdepots erforderlich ist und daß die ausreichende Prüfung der Notwendigkeiten bei der Genehmigung weiterer Depots erfolgen wird, und welche Gründe sprechen weiterhin dafür, daß in Saerbeck ein solches Depot gebaut wird, und kann auch aus der Sicht der betroffenen Mitbürgerinnen und -bürger die Notwendigkeit des Baus noch einmal überprüft werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,  
Familie, Frauen und Gesundheit**

40. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Kosmetika-Verordnung so verändern, daß der nachgewiesenermaßen krebserregende Stoff 1.4-Dioxan in Zukunft in Haarwaschmitteln auch in kleinsten Mengen nicht mehr vorkommen kann?
41. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen von Früherkennung und Therapie bei der Stoffwechselkrankheit Mukoviszidose, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Arbeit von Selbsthilfegruppen der von dieser Krankheit betroffenen Menschen organisatorisch und finanziell zu unterstützen?
42. Abgeordneter  
**Werner**  
(Ulm)  
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, wenn Ärzte, die im Einklang mit Artikel 2 des Fünften Strafrechtsgesetzes in der Fassung des Fünfzehnten Strafrechtsänderungsgesetzes die Durchführung von Abtreibungen aus Gewissensgründen ablehnen, bereits durch die Gestaltung der Bewerbungskriterien ausgesondert werden, und sieht die Bundesregierung in der Weigerung eines Arztes, an einer grundsätzlich verbotenen Tötungshandlung wie der Abtreibung, die nur in ganz bestimmten Fällen nicht strafrechtlich verfolgt wird, mitzuwirken, eine Gefährdung der Rechtsordnung, die eine Neueinstellung an einer öffentlichen Krankenanstalt rechtfertigt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

43. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Besteht nach Meinung der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen den Behinderungen des internationalen Warenverkehrs durch ungarische Zoll- bzw. Polizeibeamte an der Grenzzollstelle in Hegyeshalom, wo deutsche Fahrer an der Ein- bzw. Ausreise gehindert werden, und der Anfang 1986 durch die Ungarn eingeführt Ausnahmeregelung für die überaus hohen Gebühren für Lastkraftwagen-Überladungen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um wirksam Abhilfe zu schaffen?
44. Abgeordneter  
**Klein**  
(Dieburg)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn (DB) in zahlreichen Bahnhofswartesälen die Heizkörper abmontiert hat, obwohl die Heizanlagen noch intakt sind, und billigt sie diese Vorgehensweise der DB?

45. Abgeordneter  
**Klein**  
**(Dieburg)**  
(SPD)
- In wieviel Bahnhofswartesälen sind in den letzten Monaten die Heizkörper entfernt worden, und gibt es regionale Unterschiede in den zehn Direktionsbezirken der Deutschen Bundesbahn?
46. Abgeordneter  
**Buckpesch**  
(SPD)
- Wie groß ist die Energieeinsparung, die die Deutsche Bundesbahn (DB) durch die Nichtbeheizung von Wartesälen erzielt, und wie hoch ist der Prestigeverlust zu beziffern, den die DB durch diese kundenunfreundliche Maßnahme erfährt?
47. Abgeordneter  
**Buckpesch**  
(SPD)
- Auf welcher Entscheidungsebene (Bundesbahndirektion/Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn/Bundesministerium für Verkehr) ist diese Direktive getroffen worden, Heizkörper in Bahnhofswartesälen zu demontieren?
48. Abgeordneter  
**Peter**  
**(Kassel)**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn (DB) die Demontage von Heizkörpern in Wartesälen mit den von der Bundesregierung verabschiedeten Leitlinien für die DB vom 23. November 1983 rechtfertigen kann, in denen von „großen „Rationalisierungsreserven“ der DB die Rede ist?
49. Abgeordneter  
**Peter**  
**(Kassel)**  
(SPD)
- Welche weiteren Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn, von denen Bahnbenutzer betroffen sein werden, sind in der nächsten Zeit noch geplant?
50. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung, die sogenannte Befahrensabgabe für Schiffe, die den Nord-Ostsee-Kanal befahren, um 6 v. H. zu erhöhen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung dieser Gebührenerhöhung in Anbetracht der Tatsache, daß der Schiffsverkehr im Nord-Ostsee-Kanal erheblich zurückgegangen ist?
51. Abgeordnete  
**Frau**  
**Traupe**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung im Umkreis um das Kernkraftwerk Grohnde die bereits stillgelegte und unterbrochene Bundesbahnlinie Hameln — Barntrop zu reaktivieren?
52. Abgeordnete  
**Frau**  
**Traupe**  
(SPD)
- Was hält die Bundesregierung von den Plänen der Deutschen Bundesbahn, die Bundesbahnlinien Löhne—Hameln—Elze und Hameln—Altenbeken auf Eingleisigkeit umzustellen, obwohl dadurch Transportwege verlorengehen, die bei einer Krise um das Kernkraftwerk Grohnde benötigt würden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

53. Abgeordnete  
**Frau Schmidt**  
(Nürnberg)  
(SPD)
- In welcher Weise wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß bei der Verfütterung von radioaktiv belastetem Heu sowie Molke die Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung sowie des Futtermittelgesetzes eingehalten werden, und hält es die Bundesregierung für angebracht, stark belastetes Futter mit weniger belastetem zu mischen, obwohl das Futter in diesem Falle weiterhin Becquerel-Werte aufweist, die weit über den zulässigen Werten der Strahlenschutzverordnung liegen?
54. Abgeordneter  
**Eylmann**  
(CDU/CSU)
- Gibt es Gründe für die Annahme, daß das Stader Kernkraftwerk, vielleicht wegen seines Alters, weniger sicher ist als die anderen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland?
55. Abgeordneter  
**Eylmann**  
(CDU/CSU)
- Treffen vereinzelt in der Presse geäußerte Vermutungen zu, es sei beabsichtigt, die Betriebsgenehmigungen für ein oder zwei der älteren Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland zurückzunehmen?
56. Abgeordneter  
**Kißlinger**  
(SPD)
- Was hält die Bundesregierung von der Empfehlung des bayerischen Landwirtschaftsministers Eisenmann, die bayerischen Bauern sollen den mit radioaktivem Caesium hoch belasteten ersten Heuschnitt vom Mai des Jahres nicht an Milchkühe verfüttern, und was kann die Bundesregierung den Bauern empfehlen, die nur über Milchvieh verfügen?
57. Abgeordneter  
**Kißlinger**  
(SPD)
- Welche Untersuchungen der Bundesregierung über das Verhalten radioaktiven Caesiums in Milch und Fleisch vor, die ein Verfüttern von hochbelastetem Heu, also das Einbringen in die menschliche Nahrungskette rechtfertigen, und wie beurteilt die Bundesregierung die langfristige Gesamtgefährdung der Bevölkerung durch radioaktives Caesium aus der Nahrungskette?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-  
und Fernmeldewesen**

58. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Oberpostdirektion (OPD) Köln mit Verfügung 12-4 B 2740 vom 11. September 1986 die Einrichtung eines Spendenkontos der CDU zur Bundestagswahl 1987 beim Postgiroamt Köln und den dazugehörigen Spendenaufruf allen Postämtern im OPD-Bezirk Köln mit der Bitte mitgeteilt hat „den Inhalt dieser

- Verfügung umgehend dem Annahmepersonal bekanntzugeben, damit Postkunden Auskunft erteilt werden kann", sowie alle anderen Oberpostdirektionen (OPD) gebeten hat, ähnlich zu verfahren, worauf z. B. die OPD München mit Verfügung 18-2 B 2743 vom 17. September 1986 ebenso gehandelt hat?
59. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD) Ist gewährleistet, daß die Spendenkonten aller zur Bundestagswahl 1987 kandidierenden Parteien auf diese Weise dem Annahmepersonal bekanntgegeben werden?
60. Abgeordneter  
**Paterna**  
(SPD) Wie hoch ist bei der Deutschen Bundespost der Anteil der einzelnen Sendungsarten des Briefdienstes am gesamten Sendungsaufkommen und an den Einnahmen, und wie schätzt die Deutsche Bundespost eine Substitution der Briefnachfrage durch neue Telekommunikationsdienste mittel- und langfristig ein?
61. Abgeordneter  
**Paterna**  
(SPD) Trifft es zu, daß entgegen offizieller Darstellung der Deutschen Bundespost in Anzeigen verschiedener Tageszeitungen der Briefdienst im Jahre 1985 keine Kostendeckung erreicht hat und daß für das laufende Jahr mit erheblichen weiteren Verschlechterungen zu rechnen ist?
62. Abgeordneter  
**Liedtke**  
(SPD) Welche Befugnisse haben bei der Deutschen Bundespost die Beauftragten für den Briefdienst, und zu welchen Erfolgen hat ihr Einsatz bisher geführt?
63. Abgeordneter  
**Liedtke**  
(SPD) Welche konkreten Vorgaben gibt es für die Briefkastenleerung, und zu welchen Ergebnissen ist in diesem Zusammenhang die Arbeitsgruppe „Mais“ gekommen?
64. Abgeordneter  
**Bernrath**  
(SPD) Wie stellt sich bei der Deutschen Bundespost nach den neuesten Ergebnissen die Betriebsgüte im Briefdienst (E+1) getrennt nach Nah- und Fernverkehr dar, und welche Aussagen enthält der von Bundesminister Dr. Schwarz-Schilling angeforderte Sachstandsbericht zur Betriebsgütesituation (Briefdienst) im süddeutschen Raum?
65. Abgeordneter  
**Bernrath**  
(SPD) Mit welchen v. H.-Sätzen werden die Betriebsgütevorgaben für Eilsendungen und Telegramme erreicht, getrennt nach städtischen und ländlichen Räumen und speziell an Wochenenden?
66. Abgeordneter  
**Berschkeit**  
(SPD) Wie hoch ist bei der Deutschen Bundespost die Anzahl der Sendungen, die durch „Rückstandsmeldungen“ den Oberpostdirektionen zur Kenntnis gegeben werden, und wie hat sich diese Zahl seit 1983 jährlich entwickelt?

- |  |   |
|--|---|
| 67. Abgeordneter<br><b>Berschkeit</b><br>(SPD) | Nach welchen Methoden führt die Deutsche Bundespost eine Verkehrsmengenermittlung im Briefdienst durch?   |
| 68. Abgeordneter<br><b>Kretkowski</b><br>(SPD) | Zu welchem Personalminderbedarf führt bei der Deutschen Bundespost das neue Briefverteil- und Beförderungssystem, und welche Pläne bestehen bei der Deutschen Bundespost zur Errichtung von „Zustellfachanlagen“? |
| 69. Abgeordneter<br><b>Kretkowski</b><br>(SPD) | Wie werden „Rückstände“ in der Briefeingangsverteilung festgestellt, und welche Konsequenzen werden aus häufigeren „Rückständen“ gezogen?   |

Bonn, den 26. September 1986



